

Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 27.02.2023

1) Anfragen der Zuhörer

Ein Zuhörer stellte fest, dass es bislang keine öffentlichen Ladesäulen für Elektroautos in der Gemeinde gibt. Er erkundigte sich, was die Gemeinde hiergegen unternehmen möchte. Bürgermeister Schneider berichtete in diesem Zusammenhang von Gesprächen mit dem örtlichen Stromnetzbetreiber. Aufgrund der vorhandenen Strukturen ist es sinnvoll, in der Gemeinde eine Schnellladestation einzurichten, da die jeweiligen Verweildauern eher kurz sind. Leider ist es der Gemeinde bislang nicht gelungen einen Investor für eine solch kostspielige Schnellladestation zu gewinnen. Die Gemeinde selbst sieht sich dabei nicht in der Zuständigkeit, zumal der Betrieb entsprechende rechtliche und technische Hürden mit sich bringt etwa im Hinblick auf Bezahlungsmöglichkeiten oder die Parkraumüberwachung. Im Übrigen bietet es sich an, Ladestationen zu Hause oder in den Betrieben zur Verfügung zu stellen, da dort die Aufenthaltsdauer wesentlich länger ist und günstigere langsam ladende Systeme eingesetzt werden können.

Ein weiterer Zuhörer stellte die Frage, weshalb eine Photovoltaik-Anlage nicht an das Netz zur Einspeisung angeschlossen werden darf. Die anwesende Vertreterin der Netze BW Frau Schanne stellte klar, dass die Netze BW grundsätzlich nach dem EEG verpflichtet ist, Anlagen an das Netz zu nehmen. Zum konkreten Sachverhalt konnte sie jedoch keine Angaben machen. Sie bot an, die Kontaktdaten auszutauschen und den Vorgang zu prüfen.

2) Netzdialog der Netze BW GmbH

Bürgermeister Schneider begrüßte Frau Schanne und Herrn Mayer von der Netze BW und berichtete über die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem regionalen Netzbetreiber. Die Regionalmanagerin für die Verteilernetze der Netze BW, Frau Schanne informierte die Anwesenden ausführlich über die Entwicklungen des Stromnetzes innerhalb der Gesamtgemeinde. Dabei ging sie insbesondere auf die Erhöhung des Anteils der kabelgebundenen Netze in den vergangenen Jahren, die Ausfallzeiten in der Gemeinde, die Sicherstellung der Versorgungssicherheit, die getätigten Investitionen in der Gemeinde, die Herausforderungen der Energiewende und die Digitalisierung ein. Aus der Mitte des Gemeinderats wurden verschiedene Rückfragen insbesondere zur Nutzung von erneuerbaren Energien gestellt. Bürgermeister Schneider bedankte sich anschließend für den informativen Austausch im Rahmen des Netzdialogs. Er stellte klar, dass Wunsch und Wirklichkeit bei der Energiewende noch weit auseinanderliegen. Durch die bestehende Überregulierung blockiert sich unser Land selbst. So werden die politisch festgelegten Ziele in vorgegebenen zeitlichen Horizont nicht erreichbar sein.

3) Baugesuche

Bürgermeister Schneider informierte die Anwesenden über vier Kennntnisgabeverfahren. Dies waren die Neubauten von zwei Doppelhaushälften mit Garagen in der Habsburgstraße, der Neubau eines Wohnhauses mit Garage und Carport in der Karl-Friedrich-Straße und der Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage in der Habsburgstraße in Langenenslingen. Außerdem stellte der Gemeinderat das Einvernehmen für den Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung und Doppelgarage in der Karl-Friedrich-Straße sowie für den Ausbau des Dachgeschosses und den Einbau einer Dachgaube in der Eichbergstraße in Langenenslingen her. Im Ortsteil Ittenhausen wurde der Erweiterung von Wohnraum in der Scheune und Wohnung jeweils im OG sowie dem Neubau einer landwirtschaftlichen Mehrzweckhalle zugestimmt.

4) Vergaben

Der Gemeinderat beauftragte das Büro Künstler – Büro für Architektur und Stadtplanung mit der Erstellung eines Bebauungsplans hinsichtlich einer Gewerbefläche von ca. 5,13 ha für den Bebauungsplan Gewerbeareal „Walz“ im Ortsteil Ittenhausen auf der Grundlage des vorläufigen Honorarangebots vom 01.02.2023 zum Angebotspreis von voraussichtlich 81.396,14 € brutto. Dabei handelt es sich um den Bebauungsplan für die geplante Betriebserweiterung der Firma Walz Verpackungen GmbH bzw. der Rondo Ganahl AG.

Außerdem wurden die Arbeiten zur Innenrohrsanierung für die vorhandenen Mängel der Schadensklasse 0 und 1 (teilweise) in den Ortsteilen Egelfingen, Emerfeld und Warmtal an die Firma Rothdach aus Heimertingen zum Angebotspreis von 100.462,89 € vergeben.

5) Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der letzten nicht öffentlichen Sitzung vom 23.01.2023 wurde über die Personalsituation im Kindergarten Langenenslingen beraten. In diesem Rahmen wurde der unbefristeten Weiterbeschäftigung einer Mitarbeiterin mit 60 %, der unbefristeten Übernahme einer Mitarbeiterin nach Abschluss ihrer Ausbildung und der baldmöglichsten Anstellung einer weiteren Teilzeitkraft zugestimmt.

6) Verschiedenes

Bürgermeister Schneider informierte über eine Trinkwasseruntersuchung des Zweckverbands „Mittlere Lauchert“. Entnahmeort war der Kindergarten in Hettingen. Bei der Untersuchung ergaben sich keinerlei Beanstandungen. Alle Grenzwerte wurden deutlich unterschritten. Die ausführlichen Ergebnisse können auf der Homepage der Gemeinde eingesehen werden.

Anschließend informierte Bürgermeister Schneider über Zuschüsse aus dem Entwicklungsprogramm ländlicher Raum. Es wurden zwei private Maßnahmen im Bereich Wohnen bezuschusst. Dabei handelt es sich um einen Abbruch und den Neubau eines Wohnhauses im Ortsteil Egelfingen sowie um die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum inkl. der Modernisierung von bestehendem Wohnraum im Ortsteil Ittenhausen. Insgesamt wurden 48.760,- € an Fördermittel bewilligt. Bürgermeister Schneider bedankte sich beim Land für die Zuwendung und stellte klar, dass dadurch weitere Innenentwicklungsmaßnahmen umgesetzt werden können.

Abschließend gab Bürgermeister Schneider den vorgesehenen Termin der nächsten Sitzung am 27.03.2023 bekannt.

7) Anfragen der Gemeinderäte

Ein Mitglied des Gemeinderats verwies auf die geplante Gewerbegebietserweiterung im Ortsteil Ittenhausen. Der Gremiumsvertreter stellte die Frage, ob für die Herausnahme von Flächen aus dem Landschaftsschutzgebiet zusätzliche Flächen ausgewiesen werden müssen. Dabei kritisierte er grundsätzlich die Ausweisung von verschiedenen Schutzgebieten. Nach und nach werden die unterschiedlichen Schutzgebiete mit immer weiteren Auflagen für die Landwirtschaft versehen.

Bürgermeister Schneider stellte klar, dass sich die Vorgehensweise im Verfahren zeigen wird. Die Herausnahme von Flächen aus dem Landschaftsschutzgebiet wird sicherlich nicht einfach und mit verschiedenen Auflagen verbunden sein. Es sollen jedoch zuerst Gespräche mit den Behördenvertretern geführt werden, um die größten Probleme innerhalb des Bauleitplanverfahrens zu identifizieren. Danach können die Themen nacheinander abgearbeitet werden.